



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/150 - 2.7.51

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59

Fernschreiber 039 890

Das Ergebnis der Frankfurter COMISCO-Tagung	S. 1
Frieden für Japan	S. 3
Wandlungen der sozialistischen Theorie	S. 5
"Sankt Bürokratius" - Glosse	S. 7.

## Das Ergebnis von Frankfurt

Frankfurt, Montag den 2. Juli 51

P.R. Am Dienstag wird der Internationale Sozialisten-Kongreß in Frankfurt am Main zu Ende gehn. Er war eine echte Arbeitstagung mit langen gründlichen Ausschußberatungen, Diskussionen in der Vollversammlung, und einer eindrucksvollen öffentlichen Kundgebung.

Viele der Gegner des demokratischen Sozialismus werden, auch wenn sie es nicht offen zugeben, ihre Ansicht von der angeblich nachlassenden Anziehungskraft seiner Idee und seiner politischen Wirkung revidieren und einsehen müssen, daß im Gegenteil die Entwicklung klar aufwärts verläuft. Ein praktisches und ein grundsätzliches Ergebnis stehen im Vordergrund: die weitgehende Übereinstimmung der sozialistischen Parteien in der negativen Beurteilung großer Parteien des Schuman-Planes und in dem Willen zur Schaffung einer neuen Organisationsform für die Sozialistische Internationale, verbunden mit einer allgemeinen angenommenen Erklärung des freiheitlich demokratischen Sozialismus der Welt zu allen politischen Grundsatzfragen.

Die Stellungnahme zum Schuman-Plan war, vergleichsweise, auf internationaler Ebene etwa dasselbe, was die Beschlüsse des Ausschusses des Deutschen Gewerkschaftsbundes und in gewissem Sinne auch des Bundesrates in Deutschland bedeuten: ein Einspruch

gegen jede unkritische, voreilig positive Beurteilung der europäischen Montan-Union, so wie sie bisher in bedeutendem Umfang gezeigt wird. Diese Stellungnahme der sozialistischen Parteien widerlegte sehr deutlich die Feststellung Dr. Adenauers, die deutsche Sozialdemokratie sei - mit ihrer ablehnenden Haltung zum Schuman-Plan - selbst im Kreise ihrer politischen Gesinnungsfreunde in anderen Ländern isoliert. Konkret beziehen sich die sozialistischen Einwände (neben der Kritik an einer ganzen Reihe von speziellen Regelungen) auf die ungenügende Vertretung der Arbeiter in den Behörden und Kontrollorganen der Schuman-Plan-Organisation und auf die Hindernisse, die der Plan für eine Sozialisierung der Schwerindustrien in einzelnen Ländern bedeuten kann.

Nach der Frankfurter Tagung kann man mit gutem Grunde erwarten, daß die erzielte Übereinstimmung sich noch wesentlich erweitern wird und daß diese Tendenz auf die künftige Gestaltung des Schuman-Plans oder eine andere Vereinbarung, die schließlich an seine Stelle treten könnte, erheblichen Einfluß haben wird. Daher darf es als bezeichnend betrachtet werden, daß es in verhältnismäßig kurzer Zeit gelang, eine so volle Übereinstimmung in dieser so schwierigen Frage zu erzielen.

Mehr Raum nahmen die Erörterungen der Prinzipien-Erklärung und des Statuts der Sozialistischen Internationale in Anspruch. Die in monatelanger Arbeit entstandenen Entwürfe sind im Grunde nur unwesentlich geändert worden. Vielleicht wird manchem kritischen Beobachter an beiden Dokumenten auffallen, daß sie besonders prägnante, scharf abgesteckte Festlegungen vermeiden, daß zum Beispiel das Statut im Grunde als einzigen Zweck die Vertiefung der Beziehungen der angeschlossenen Parteien und die Koordinierung ihrer politischen Auffassungen und Aktionen nennt und daß auch die Prinzipien-Erklärung, wie das schon ihr Name sagt, mehr Analyse und allgemeines Programm als praktische und verpflichtende Richtschnur für die Zukunft ist.

Offenbar hat man sich jedoch von dieser elastischen Methode mehr als von starren Bindungen versprochen, denn einen solchen Weg versuchte man in früheren Jahrzehnten zu gehen, ohne daß man zu einem nennenswerten Ergebnis kam und fand darum Ursache, das jetzt zu beheben.

Das Wesentliche für die künftige Entwicklung wird nach den schweren Wunden, die zwei Weltkriege und in Deutschland außerdem eine zwölfjährige Diktatur dem freiheitlichen Sozialismus zugefügt haben, das Lebendigbleiben von zwei Grunderkenntnissen sein, die in den Frankfurter Tagen immer wieder durchklangen: daß die Internationalität der demokratischen Sozialisten auch in ihren verschiedenen Abwandlungen in jedem Fall im scharfen Gegensatz steht zu dem als "Internationalität" auffrischtem Klassenegoismus des Großbesitzes. Und weiter, daß nur die demokratisch-sozialistische Form des politischen Erkennens und Handelns Sicherheit dafür schafft, daß dem Kommunismus - durch echte soziale Leistung bei gleichzeitiger Sicherung der politischen Freiheit für alle - der Boden entzogen wird.

Um den Frieden für Japan

(sp) Der Korrespondent eines maßgeblichen New Yorker Blattes soll, als er vor einigen Tagen von deutschen Kollegen gefragt wurde, ob der deutsche Standpunkt in der Saarfrage seiner Meinung nach von Washington akzeptiert würde, lakonisch geantwortet haben, er bedaure, über die weitere Entwicklung in Korea zu ungenügend informiert zu sein.

Ist man geneigt, diesem etwas boshaften Histörchen eine wenigstens "gleichnishafte" Wahrheit zuzugestehen, wird man gut daran tun, - unter den neuen Aspekten der koreanischen Situation - die in letzter Zeit in ein recht konkretes Stadium getretenen Verhandlungen um den Friedensschluß mit Japan mit erhöhter Anteilnahme zu beobachten.

Keineswegs wird man deutsche Parallelen zu der Lage Japans ziehen dürfen, doch ergeben sich für uns Rückschlüsse, deren Bedeutung gar nicht zu unterschätzen ist.

Amerika - zum bedeutenden Vorteil der Japaner - der einzige Besatzer Nippons, sah sich nach dem Bankrott seiner dollarschweren Chinapolitik dringend genötigt, die offene östliche Flanke, die durch Tschiang-Kai-scheks Abgang nach Formosa entstanden war, nach besten Kräften zu decken. Wie zu Zeiten der Berliner Blockade wurde darum der besetzten Japanern feierlich eine neue Phase der Besatzungspolitik erklärt, als deren deutlichstes Anzeichen bald schon das Hinsiechen der zunächst sehr scharfen antimilitaristischen Säuberung - einer japanischen Abart der Entnazifizierung - zu registrieren war. Hiergegen erhoben aus naheliegenden Gründen vor allen Dingen Australien, Neuseeland und die Philippinen erregten Protest.

Dort wie hier begannen die Besatzer ihre Politik auf vorwiegend reaktionäre Kreise und das Großkapital zu stützen, dort wie hier begannen sich bedenkliche Ergebnisse einer solchen Methode abzuzeichnen: ein nicht unbeträchtliches Anwachsen radikal-nationalistischer Cliques und in stärkerem Maße wiedererwachende Versuche der Schwerindustrie (die sich trotz amerikanischer Dekartellisierungsversuche politisch recht regsam erweist), direkt auf die Regierungsgeschäfte Einfluß zu nehmen.

Sensationelle Berichte über die Macht "faschistischer Untergrund-Terrorgruppen" werden in Deutschland vorsichtiger aufgenommen. Immerhin aber entspricht es den Tatsachen, daß verschiedene "große Männer" der Vorkriegszeit politisch schon wieder bedeutende Rollen spielen; unter ihnen Itschiro J a t o j a m a , der in unterrichteten Kreisen als kommender Ministerpräsident genannt wird.

Als vom 38. Breitengrad der Geschützdonner herüberdröhnte, wurde der amerikanischen Besatzung Japan wichtig genug, einen Sonderbeauftragten des Präsidenten zu den früheren Alliierten des Japan-Krieges zu entsenden, (soweit sie im westlichen Lager stehen), um mit äußerstem Nachdruck einen Friedensschluß mit Japan zu betreiben.

Vierzig Staaten befanden sich westlicherseits mit Japan im Kriegszustand, die beträchtliche Einwände, Ressentiments und Befürchtungen gegen einen solchen Schritt hatten, zumal Amerika - um die japanische Industrie für alle Eventualitäten intakt zu halten - jede Art von Reparationsforderungen als undebattierbar bezeichnete.

Als man dann dennoch zu tragbaren Kompromissen fand, drohte den amerikanischen Bestrebungen jedoch eine letzte schwere Krise. England, das in der Anerkennung Rotchinas bekanntlich mit den Ansichten Amerikas differiert, lehnte die Beteiligung Tschiang-Kai-scheks an den Verhandlungen konsequent ab. Diesen Augenblick nützte die Sowjet-Diplomatie zu dem Vorschlag einer a l l g e m e i n e n Friedenskonferenz unter Teilnahme Rußlands und Rotchinas.

In der Ablehnung dieses Vorschlages zeigten sich Amerika und England, nach den bösen Erfahrungen in Österreich, einig, und fanden aus dieser Übereinstimmung auch in der Frage des chinesischen Verhandlungspartners eine Kompromißformel. Nach ihr soll ein Friede mit China später in direkter Verhandlung Japan-China zu schließen sein, wobei der Partner aber von der Regierung Japans selbst zu wählen wäre.

Da es letztlich nach dem Willen Amerikas geht, werden die Japaner keinen harten Frieden bekommen. Weder finanzielle, noch wirtschaftliche Forderungen sind in der Vertrags-Präambel vorgesehen. Ein baldiger Abzug der Besatzung wird in Aussicht gestellt, dafür aber ein Sicherheitsabkommen mit Amerika bei Aufrechterhaltung

eines Stützpunktsystems projiziert. Die Aufrüstung Japans soll keiner Beschränkung mehr unterliegen.

Der Sonderbeauftragte des Präsidenten fuhr vorige Woche heim. Sein Name ist John Foster Dulles. Als Mitglied der Waffenstillstands-Kommission hatte er 1919 nicht geringen Einfluß auf die Formulierung des Versailler Vertrages. Sein stärkstes Anliegen waren der Kriegsschuld-Paragraph und die Erhöhung der Reparationsforderungen. Seine Haltung bei den Verhandlungen nun erscheint dagegen als Zeichen wirklicher Einsicht - und das sollte für Deutschland fast die wesentlichste Erfahrung sein.

+ + +

#### Wandlungen der sozialistischen Theorie

-a Zum ersten Mal seit der Zeit von Karl Marx ist es jetzt in Frankfurt am Main zur Fixierung von Grundsätzen des internationalen Sozialismus gekommen. Bis her gab es kein gültiges, ausgearbeitetes Programm der sozialistischen Internationale, sondern nur die theoretische Übereinstimmung zwischen den Parteien der verschiedenen Länder, darüber hinaus freilich Beschlüsse der Internationale zu politischen Einzelfragen, die bindend sein sollten, es in den meisten Fällen aber nicht waren.

b. Die Prinzipienklärung vom 2. Juli ist eine Analyse des freiheitlichen Sozialismus und zugleich die Festlegung seiner Grundkenntnisse und Grundforderungen. Neben Feststellungen, die einigermaßen selbstverständlich wirken stehen andere, die, aus der geschichtlichen Schau gesehen, überraschen, weil sie nun auch programmatisch den neuen Abschnitt in der Entwicklung des internationalen Sozialismus einleiten, in dem die politische Wirklichkeit schon seit einiger Zeit eingetreten ist.

Hierher gehört der Punkt 11 der Präambel: "Der demokratische Sozialismus ist eine internationale Bewegung, die keineswegs eine starre Gleichförmigkeit der Auffassungen verlangt. Gleichviel ob Sozialisten ihre Überzeugung aus den Ergebnissen marxistischer oder anders begründeter sozialer Analyse oder aus Religiösem oder Humanitärem ableiten, alle erstreben ein gemeinsames Ziel: eine

Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens". Der Kreis der anerkannten Motive, auf denen der Einzelne zum Sozialismus stoßen kann, wird damit gegenüber den früheren Möglichkeiten erheblich erweitert, die marxistische Erkenntnismethode ist nicht mehr der einzigste, sondern einer von vielen denkbaren Wegen. Die politische Praxis ist, seit dem Ende des Naziregimes, zumal auch in Deutschland seit langem in dieser Richtung verlaufen, vor allem in England, den skandinavischen Staaten und in Holland. Jetzt hat sich die gesamte Internationale auf diese Linie geeinigt, wenn auch die Bereitschaft, es zu tun, bei den verschiedenen Delegationen und auch innerhalb der einzelnen Abordnungen verschieden groß waren.

Ein anderer auffallender Satz befindet sich in Punkt 13: "Der Sozialismus wird sich nicht zwangsläufig erfüllen. Seine Verwirklichung erfordert die Anstrengung aller seiner Anhänger". Dieser Satz löst die Grundauffassung vom sogenannten Automatismus, von der Zwangsläufigkeit einer gesellschaftlichen Entwicklung im sozialistischen Sinne ab. Diese Auffassung ist zu oft durch die Wirklichkeit widerlegt worden, (und wird heute in vielen Ländern täglich neu widerlegt), als daß sie noch allgemeine Anerkennung finden kann. Sicher hat einmal gerade die These von der Unvermeidlichkeit des Sozialismus diesen viele Anhänger zugeführt. Aber sie hat auch Millionen enttäuscht. Es ist realistischer, daß jetzt an ihre Stelle die Forderung nach der unermüdlichen Anstrengung des einzelnen Sozialisten tritt, einer Anstrengung, die aus dem Bewußtsein immer vorhandener Gefahren für den Sozialismus geboren ist.

Das sozialistische Denken, wie es sich in der Prinzipienklärung der wiedererstandenen Internationale darstellt, fußt in allen wesentlichen Erkenntnissen und Forderungen auf der Tradition eines runden Jahrhunderts. Man hat sich nicht gescheut, dieses Denken den Erfordernissen einer Zeit anzupassen, die nun einmal nicht mehr ausschließlich oder auch nur vorzugsweise mit dem Maßstab früherer Jahrzehnte gemessen werden kann.

+ + +

"Sankt" Bürokratius

-x In einer Glossierung des Bürokratismus pflegt die Betonung zumeist nicht gerade auf dem "Sankt" zu liegen. Soweit sich jedoch die geheiligte Institution Kirche der administrativen Aufgabe der steuerlichen Veranlagung ihrer Gläubigen widmet, gebührt es sich wohl, daß man im ironisierenden Schreckensruf dem "Sanktus" besonderen Nachdruck verleiht.

Sehen Sie, da ist Frau Meier. Ihr Mann blieb in Rußland. Ob für immer? Sie weiß es nicht. Vermißt! Sie bekommt keine Rente und verdient sich ihren Lebensunterhalt selbst. Und sie zahlt Steuern. Der Staat gewährt ihr - als einziges Äquivalent für ihren vermißten Mann, - und das ist sicherlich nicht zuviel - eine steuerliche Ermäßigung. Sie gilt als "Familie". Aber die Steuer wird ja nicht nur für den Staat, sondern im gewissen Hundertsatz von der Lohnsteuer auch für die Kirche erhoben.

Nun, Frau Meier ist gar nicht Mitglied einer Religionsgemeinschaft und braucht also gar keine Kirchensteuer zu zahlen. Aber Herr Meier, der gar nicht da ist, der vielleicht hinter irgend einem Stacheldraht auf seine Heimkunft wartet, leider, hoffentlich - also Herr Meier wurde einmal getauft und konfirmiert oder erhielt die heilige Kommunion. Und Herr Meier, der zur Zeit "infolge Verhinderung" seine Familie nicht erhalten kann, weswegen die Familie sich aus eigener Leistung erhält, dieser Herr Meier gehört für die Religionsgemeinschaft auch weiterhin zur "Familie". Das ist nett und entspricht auch ganz Frau Meiers Empfindungen, die immer noch auf ihn wartet, wie hoffentlich, vielleicht, auch er auf sie.

Aber was Frau Meier nicht begreift, das ist: daß sie diese kirchenamtliche Anerkennung als Familie auch mit einem Anteil an der Lohnsteuer bezahlen soll. Diese Art familierer Anhänglichkeit der Kirche ist ihr, offen gestanden, zu teuer. Nun wir haben in dieser Zeit der Steuerflut allerhand komische Dinge erlebt. Daß aber jemand der nicht da ist und nichts verdient, der dem Staat und der Kirche keine Kosten macht, noch versteuert werden muß, das blieb dem "Sankt" Bürokratius vorbehalten.

---

Verantwortlich: Peter Raunau